











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Union ist weiterhin gespalten . Das Issue E-Zigarette wird derzeit nicht offiziell behandelt. Das bietet Raum für Absprachen unterhalb der Wahrnehmungs- und Eingriffsgrenze. CDU und CSU sind durch die AfD-Wahlerfolge stark mit Fragen der (Neu-)Ausrichtung und Gegenstrategie befasst. Auch bei der SPD ist die Lage unverändert: Sie schließt weitere Regulierungen nicht aus.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Keine Änderung: Während Die Linke im Bundestag unter Abstimmung mit dem BfTG eine Kleine Anfrage ausarbeitet, besteht bei den Grünen weiter kein Interesse an Gesprächen.	
Bundesrat, Bundesländer	Keine Änderung: Aufgrund der Sommerpause haben sich die Bundesländer nicht primär mit der E-Zigarette befasst bzw. sichtbar ihre Position geändert.	
Verwaltung	Während die deutsche Ministerialverwaltung weiterhin eher kritisch eingestellt bleibt, gibt es E-Zigaretten-freundliche Ansätze in der EU-Verwaltung. Keine Gewähr: Die EU-Beamten können zwar politische Entscheidungen vorprägen, letztlich aber nicht vorfestlegen. Die Zukunft des geplanten Werbeverbots ist ungewiss; es ist nicht vom Tisch. Daher bleibt die Tendenz vorerst negativ , weist aber erkennbares Verbesserungspotenzial auf.	
Fachcommunity	Erneut wird die Spaltung der Fachwelt deutlich. Positiv ist das Plädoyer einer Gruppe internationaler Experten für die E-Zigarette. Eintrübung: Jedoch kam im Beobachtungszeitraum vermehrt das Issue Nichtraucher und Jugendschutz auf.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 25.08.2016

Meldung: Der „Verbraucherpolitische Bericht der Bundesregierung 2016“ beschreibt die regulatorisch-organisatorischen Maßnahmen des Bundes zu verbraucherpolitischen Fragen. Darin wird auch die Tabak-/E-Zigarettenregulierung aufgeführt. Der Bericht liefert einen reinen Sachstand und gibt keine Hinweise auf etwaige zukünftige Aktivitäten. Eine Bewertung des Status Quo findet ebenfalls nicht statt. In der Einleitung heißt es: „Inhaltlich ist die Bundesregierung bestrebt, den bestehenden Rechtsrahmen zum Schutz von Gesundheit und berechtigten wirtschaftlichen Interessen von Verbrauchern auszubauen [...]“. Dabei lässt sich die Bundesregierung von einem „differenziertem Verbraucherbild“ leiten (S. 5).

Einordnung/Empfehlung: Laut der Bundesregierung sollen Verbraucher „selbstbestimmt entscheiden können“ (S. 5). In Stakeholdergesprächen zu Werbebeschränkungen, Inhaltsstoffen und ähnlichen Issues lässt sich dieses Bild nutzen. Beispielhafte Botschaften: a) faktenbasierte Aufklärung befähigt Verbraucher – Werbeverbote oder reine Lösungen durch Warnhinweise zeichnen kein differenziertes Bild zu Produktvielfalt und -gestaltung; b) aufgeklärte Verbraucher sollen sich selbst für oder gegen ein Produkt entscheiden; c) Produktregulierungen (Inhaltsstoffe) nehmen dem mündigen Verbraucher die Wahl, zu Alternativen zu

Tabak zu greifen. Hinweis: Die Botschaften sollten jedoch wohldosiert gebraucht werden, da die Tabakwirtschaft ähnliche Ansätze nutzt.

Quelle: bundestag.de (Bundestagsdrucksache)

2.2. Bundestag

Datum: 05.09.2016

Meldung: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Themenkomplex Tabak- und E-Zigarettenregulierung auf Ihrer Klausurtagung nicht besprochen. Er kam auch nicht in dem TOP „Gesetzesvorhaben im Herbst 2016“ oder in Randgesprächen zur Sprache. Die Unionsfraktion ist weiterhin uneins über angedachte Regelungen wie z.B. Werbebeschränkungen. Derweil tauchten [erste Gerüchte](#) auf, dass das geplante Werbeverbot kippen könne. Dies konnte bislang nicht bestätigt werden.

Die Union ist insbesondere mit dem hohen Ergebnis der AfD bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern auf die interne Richtungsbestimmung sowie Strategien zum Umgang mit der AfD befasst. Hinzu kommt der künftige Umgang zu kontrovers debattierten Themen wie Flüchtlinge, Türkei-Deal, innere und soziale Sicherheit oder die Sicherung des Wirtschaftswachstums.

Einordnung/Empfehlung: Die Union wird versuchen, Einheit und damit Stärke herzustellen. Kontroverse Themen können zu diesem Zweck – soweit möglich und nötig – ausgeklammert bzw. rasch geräuschlos abgearbeitet werden. Dies kann zu Einigungen bzgl. der E-Zigarette führen, die kaum sichtbar abgewickelt werden und damit weniger Eingriffsmöglichkeiten bieten. Wir empfehlen daher, weiter den Kontakt zur Union zu suchen und die Lage kontinuierlich zu sondieren. In diesem Kontext planen wir eine Gesprächsveranstaltung mit Referenten der Landesvertretungen sowie jungen Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion. Die Ausweitung des letzteren Formats auf andere Parteien sollte ins Auge gefasst werden.

Parallel dazu wird das BfTG eine Anzeige in der Zeitschrift der Jungen Union schalten. Das Engagement im vorpolitischen Feld dient zur Steigerung der Sichtbarkeit und als möglicher Gesprächsanlass. Die JU Niedersachsen bekundete erstes Interesse und auch zur JU Hamburg und NRW gab es erste Vorkontakte. Die JU kann als ein Türöffner zu jungen Abgeordneten in den Ländern und Bundestag dienen. Sie ist zudem ein relevantes Element in den Wahlkämpfen der Union und vermag auch eigene Akzente in CDU und CSU zu setzen.

Quelle: Hintergrundgespräche

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 09.09.2016

Meldung: [Daniel Föst](#), Generalsekretär der FDP Bayern, hat die parteiinterne Befassung mit der E-Zigarette zugesagt. Er steht der E-Zigarette offen gegenüber und hat bereits vom BfTG ein Paper erhalten, was er in die Entscheidungsgremien der Bayern FDP einbringt.

Einordnung/Empfehlung: Die FDP ist ein klassischer Ansprechpartner der Tabakwirtschaft; hier spiel(t)en vor allem die Lobby-Agenturen eine Rolle. PMI verfügt heute über gute Kontakte zu den Liberalen. Aufgrund der Beziehungshistorie bestehen sie bei BAT und Reemtsma auf einem etwas niedrigerem Niveau weiter. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017: Wir empfehlen, Herrn Föst bei Bedarf als Türöffner z.B. zum Landesverband NRW zu nutzen.

Der starke FDP-Verband (Bundesvorsitzender [Christian Lindner!](#)) ist zudem im Landtag vertreten. Daneben empfehlen wir die Ansprache von [Katja Suding](#) (MdHB). Die Vorsitzende des Landesverbandes Hamburg ist auch stellv. Bundesvorsitzende und kann ebenfalls als Gatekeeper dienen. Im Falle eines Wiedereinzuges in das Berliner Abgeordnetenhaus empfehlen wir die Ansprache der Berlin-FDP.

Quelle: Hintergrundgespräche

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 07.09.2016

Meldung: Beim Round Table zur E-Zigarette bei der EU-Kommission (DG TAXUD) erklärte Thomas Carroll ([Referatsleiter „Indirekte Steuern“](#), siehe Report 25), dass er persönlich keine Besteuerung der E-Zigarette favorisiert. Er bat um weitere belastbare wirtschaftspolitische Argumente, die er intern anbringen kann. Alle Beteiligten (inkl. VD-EH) sprachen sich gegen eine E-Zigarettensteuer aus.

Derzeit führt die EU ein sog. „Impact Assessment“ durch, welches die Auswirkungen der geplanten Neuregelung der Tabaksteuer ([Richtlinie des Rates 2011/64/EU](#)) untersuchen soll. Für Oktober sind Interviews mit 140 Stakeholdern geplant. Im 4. Quartal soll es zudem eine öffentliche Anhörung geben, zu der Interessierte Eingaben machen können. Für die erste Jahreshälfte 2017 ist bislang die Abfassung des Berichtes sowie eine EU-interne Beratung vorgesehen. Die Annahme der neuen Richtlinie könnte im dritten Quartal 2017 erfolgen. Der Zeitplan kann sich jedoch verändern.

Während des Gespräches wurde kurz die Idee einer gesonderten Regelung geäußert. Es war dabei nicht klar, ob dies für die E-Zigarette oder andere neue Produktgruppen (z.B. Heated Tobacco) gemeint war.

Einordnung/Empfehlung: Die italienische Wirtschaftsberatung [Economisti Associati](#) führt für die EU die Untersuchungen durch. Das BfTG steht mit dem Institut in Verbindung und hat ihm bereits im Vorfeld des Treffens unser Standpunkte-Paper zukommen lassen. Es wird empfohlen, das Institut bzgl. eines Interviewtermins zu kontaktieren.

Empfehlung: Der DG TAXUD sollten die gewünschten Argumente gegen eine E-Zigarettensteuer zu liefern – insbesondere belastbare Informationen über wirtschaftliche Nachteile durch die Steuer für die KMU sowie einer geringen/negativen Kosten-Nutzen-Bilanz für den Staat. Hierzu ist auch über die Finanzierung einer kleinen Studie nachzudenken – bei Bedarf zusammen mit anderen Verbänden. Denn Untersuchungen Dritter finden in Verwaltung und Politik anders Gehör als Aussagen von Unternehmen und Verbänden.

Eine gesonderte Regelung für Produkte wie z.B. Heated Tobacco würde PMI Chancen geben, seine dominierende Position weiter zu stärken (siehe Punkt 2.7). Wir empfehlen, diese Entwicklung weiter zu beobachten.

Quelle: Hintergrundgespräch

Datum: 01.09.2016 , 31.08.2016 , 30.08.2016

Meldung: Die „Schweizer Lungenliga“ und „Sucht Schweiz“ fordern ein Vorgehen gegen Drehtabak. Insbesondere Heranwachsende drehen aus Kostengründen Zigaretten selber. Die Tabakgegner fordern die Erhöhung des Steuersatzes auf das Niveau der Tabakzigarette.

Geteiltes Echo kommt hingegen aus der Schweizer Politik. Zeitgleich diskutiert die Landespolitik des Kantons Graubündens ein striktes Rauchverbot am Arbeitsplatz. Die Kommission für Gesundheit und Soziales des Grossrates kassierte einen entsprechenden Volksentscheid und plädiert für Ausnahmeregelungen in der Gastronomie ähnlich wie in Deutschland.

Derweil verschärfte die kanadische Provinz [British Columbia](#) den Nichtraucherchutz: E-Zigaretten dürfen nicht mehr in Teilen des öffentlichen Raums und am Arbeitsplatz konsumiert werden. Ebenso im Auto, wenn Minderjährige mitfahren. Die seit [2015 laufenden Gesetzesverschärfungen](#) werden u.a. mit dem Jugendschutz begründet.

In [Japan](#) erwägt das Gesundheitsministerium im Zuge der Revision des Weißbuches für Tabakkontrolle ein Rauchverbot in geschlossenen öffentlichen Räumen, inklusive Restaurants. Die Maßnahmen stehen im Kontext von Olympia 2020. Die Regierung sieht im Passivrauch eine erhebliche Gesundheitsgefährdung. Auch in [Australien](#) wird derzeit der Nichtraucherchutz im öffentlichen Raum sukzessive ausgebaut.

Einordnung/Empfehlung: Die Befassung in anderen Staaten hält auch bei Tabakgegnern in Deutschland das Thema Nichtraucherchutz latent auf der Agenda (siehe Punkt 2.6). Ähnliches gilt für Fragen der Tabaksteuer. Wir empfehlen, die Themen Nichtraucherchutz und Neustrukturierung der Steuerregelungen weiter zu beobachten. Da in Deutschland noch die Änderung der Arbeitsstättenverordnung (Nichtraucherchutz am Arbeitsplatz) aussteht, besteht auch Potenzial hierzulande für 2016 bzw. nach der Bundestagswahl 2017.

Quelle: [suedostschweiz.ch](#) , [20min.ch](#) , [timescolonist.com](#) , [asienspiegel.ch](#) , Hintergrundgespräch

2.5. Fachcommunity

Datum: 07.09.2016

Meldung: 40 internationale namenhafte [Wissenschaftler und E-Zigarettenexperten](#) fordern die australische Zulassungsbehörde auf, nikotinhaltige Liquids mit geringer Konzentration zuzulassen. Nikotinhaltige Liquids sind in Australien im freien Verkauf untersagt. Ihnen zufolge fehle es australischen Rauchern an einer wirksamen Tabakalternative. Sie argumentieren zudem mit der vom PHE festgestellten geringeren Schädlichkeit (siehe Report 2). Unter den Unterzeichnern sind Prof. Linda Bauld, Prof. Bernd Mayer, Dr. Konstantinos Farsalinos, Prof. David Swenor, Prof. Marcus Munafò und Clive Bates.

Der [Cancer Council Australia](#), der die Regierung berät, steht gespalten zur strikten Gesetzgebung in Australien: Prof. Borland mahnt Fehlinterpretationen seitens der E-Zigarettengegner an.

Einordnung/Empfehlung: Der Aufruf ist ein weiterer Beleg für die Unterstützung der E-Zigarette in der Fachwelt. Der Unterstützerkreis bietet zudem eine Übersicht, welche Experten ggf. als Fürsprecher auf Veranstaltungen oder in Papern in Frage kommen können.

Australien gilt als Vorreiter bei der Tabakprävention. Daher ist die Forderung australischer Fachleute zu einer Kursänderung ein aussagekräftiges Beispiel, dass die Strategie der strikten E-Zigaretten-/Nikotinregulierung sich nicht unbedingt zu bewähren scheint.

Quelle: [colinmendelsohn.com.au](#) , [theconversation.com](#) , [news.com.au](#)

Datum: 05.09.2016

Meldung: Der bekannte E-Zigarettenfachmann Prof. Dr. Bernhard Mayer (Universität Graz) gibt im Blog Egarage ein Interview zum Schwerpunktthema Nikotin. Laut Mayer sind die Erkenntnisse zu den tödlichen Nikotindosen veraltet. Sie entsprächen nicht mehr aktuellen wissenschaftlichen Standards. Mayer weist auf den Suchtfaktor des Tabakrauchs hin: „Süchtig macht Nikotin vor allem in Kombination mit anderen Inhaltsstoffen des Tabakrauchs.“ Mayer schließt: „Man sollte die E-Zigarette auch möglichst preisgünstig machen oder sogar gratis auf Rezept ausgeben, wie das in England diskutiert wird. Gerade einkommensschwächere Leute rauchen überdurchschnittlich viel und sollten Zugang zu einer Alternative haben.“

Einordnung/Empfehlung: Die Wirkung von Mayers Botschaften wird vor allem in der Community verfangen. Eine zu starke Betonung des Themas „Nikotin“ ohne konkreten politischen Anlass birgt das Risiko, dass Kritiker das Issue auf die Agenda heben. Zudem ist bei einem Gros der Stakeholder Nikotin negativ besetzt, was Gegenreaktionen eher erhöht als abschwächen würde und bei Kritikern die Bereitschaft zu weiteren Regulierungen stützt. Mayers Vorschlag der kostenfreien Abgabe nähert die E-Zigarette den Medizinprodukten an. Die Pharmawirtschaft setzt sich immer wieder für die Regulierung der E-Zigarette als Medizinprodukt ein. Dadurch wäre die E-Zigarette einem strikteren Regulierungsregime unterworfen. Wir empfehlen, einer Angleichung zum medizinischen Inhalator entgegenzutreten und Stakeholder bei Bedarf entsprechend zu informieren.

Quelle: egarage.de

Datum: 04.09.2016

Meldung: In UK, insbesondere Schottland, ist für 2018 eine weit angelegte Studie zur Wirkung der E-Zigarette bei Schwangeren geplant. Die Untersuchung wird vom UK Centre for Tobacco and Alcohol Studies (stellv. Direktorin: Linda Bauld, University of Stirling). Die Untersuchung stößt auf positives Echo. Sheila Duffy, Leiterin von ASH Scotland, begrüßt die Studie und moniert zugleich das Engagement von Tabakunternehmen im E-Zigarettensektor. Diese könnte dadurch ihre Botschaften pro Tabak an Heranwachsende bringen.

Einordnung/Empfehlung: Die Studie thematisiert ein kontroverses Thema und kann Kritiker aktivieren. Wir empfehlen aufgrund des Eskalationspotenzials, die E-Zigarette derzeit nicht in Verbindung zu Schwangerschaft und Kindern zu bringen. Duffy's Aussagen können z.B. in Gesprächen unterstützend zur Absetzung des BfTG zur Tabakwirtschaft genutzt werden.

Quelle: heraldscotland.com

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 06.09.2016

Meldung: Die BZgA hat im Rahmen ihrer Aktion KlarSicht mit der bundesweiten Austeilung von Informationsmaterial an Schulen begonnen. Die von den privaten Krankenkassen geförderten Aktionsmedien befassen sich mit der Tabak- und Alkoholprävention und thematisieren die E-Zigarette. S wird als „[keine gesunde Alternative zum Rauchen](#)“ bewertet. Es gäbe noch „keine zuverlässigen Qualitätskontrollen.“ Zur E-Shisha heißt es sogar: „Es kann sein, dass jemand, der E-Shishas dampft, danach auch eher zur schädlichen Tabakzigarette greift.“

Einordnung/Empfehlung: Die Aufklärung an Schulen bietet der BZgA einen geschützten Raum. Unternehmen, die Schulmaterialien sponsern oder versuchen anderweitig Ihre Inhalte an Bildungseinrichtungen – auch unter altruistischen Gesichtspunkten – zu platzieren, erfahren i.d.R. breite Kritik aus der Gesellschaft. Wir empfehlen, derlei Maßnahmen weiter zu beobachten und auf etwaige Fehlinformationen seitens der durchführenden Akteure zu achten und ansonsten nicht weiter zu reagieren, um ein ungewolltes Agenda-Setting zu vermeiden.

Quelle: klarsicht.bzga.de , bzga.de (Pressemitteilung, 06.09.2016)

Datum: September

Meldung: [Dr. Ute Mons](#), Nachfolgerin von Dr. Martina Pötschke-Langer in der Position der Leiterin der Stabsstelle Krebsprävention am DKFZ, will den zentralen Arbeitsbereich der Tabakprävention um die Prävention von weiteren vermeidbaren Krebsrisikofaktoren (z.B. Übergewicht) erweitern (siehe Report 28). „Vor allem aber möchten wir unsere Ergebnisse auch weiterhin in die Öffentlichkeit tragen. Denn nur, wenn wir Meinungsbildner und politische Entscheidungsträger über wissenschaftliche Erkenntnisse zu Krebsrisikofaktoren und wirksame Maßnahmen und Präventionsstrategien informieren, können wir unser eigentliches Ziel erreichen: Den Krebs zu verhindern.“, so Mons, die seit fast 10 Jahren am DKFZ arbeitet.

JTI hat derweil in der JU-Mitgliederzeitschrift „Die Entscheidung“ eine Anzeige geschaltet, in der der Konzern vor Spill Over-Effekten der Tabakregulierung auf andere Genussmittel warnt (Foto im Anhang).

Einordnung/Empfehlung: Wir haben ein Schreiben an Frau Dr. Mons mit einem Gesprächsangebot gerichtet. Ihr Ansatz sowie JTI's Aussagen sind nicht neu. Mons Aussage lässt eine Nähe zu Pötschke-Langers Vorgehen erkennen, das DKFZ als neutrale, nur der Wissenschaft verpflichtete, Institution darzustellen. Es ist erwartbar, dass Mons das DKFZ weiterhin als „Wellenbrecher“ gegen eine vermeidlich übermächtige Industrielobby positioniert. Wir empfehlen, dieses Bild in Stakeholdergesprächen und in der Pressearbeit zu korrigieren – z.B. Firmenrundgänge mit Abgeordneten, Firmenportraits in Blog oder Lokalpresse, Hinweise auf Argumentationsschwächen des DKFZ ggü. Multiplikatoren.

Tabakgegner formulierten z.B. auf der Jahrestagung des Kneipverbandes 2014 die Übertragung von Strategien und Vorgehensweisen der Tabakprävention auf andere Genussmittel – Alkohol, Zucker, Fett. Tabak sei ein Versuchsfeld. Danach würden andere folgen. Die betroffenen Branchen sind jedoch bzgl. Kontakten und Absprachen mit der Tabakwirtschaft zurückhaltend. Es werden zusätzliche Risiken bei einer zu großen/sichtbaren Nähe zur Tabakwirtschaft befürchtet. Dazu kommen Vorgaben der internationalen Konzernmütter. Wir empfehlen, den Start Up-Charakter der Branche zu nutzen und zunächst deutsche – ggf. europäische – Firmen anderer Branchen anzusprechen und einen Informationsaustausch zu initiieren. Die Aromenhersteller könnten eine Türöffnerfunktion einnehmen. Die junge Bewegung der Craft Beer-Hersteller bietet einen weiteren Anknüpfungspunkt.

Quelle: idw-online.de , Hintergrundgespräch

Datum: 07.09.2016 , August

Meldung: Die Kampagne der [Bundesdrogenbeauftragten](#) gegen das Rauchen im Auto bei der Anwesenheit von Heranwachsenden ist gestartet. Projektpartner sind u.a. DKFZ, BZgA, Bundesärztekammer und Familienverbände. Sie klärt zu den Risiken des Passivrauchens

auf. Auch Kerstin Jüngling, Geschäftsführerin bei der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin, weist auf die Bedeutung von Eltern und Verwandten für den Tabakstart hin. Zeitgleich diskutiert der Stadtrat von Chemnitz über ein umfassendes Rauchverbot im öffentlichen Raum. Der Petitionsantrag wird in Verwaltung und Stadtpolitik kontrovers gesehen.

Mortler kommentierte ihre Kampagne im [Interview](#) wie folgt: „Sie können mir glauben, dass ich alles mache, um den Alkohol- und Tabakmissbrauch zurückzudrängen. Eben deshalb fordere ich etwa ein Verbot der Plakatwerbung für den Tabak und schrecke auch nicht davor zurück, mich mit vielen anzulegen, um dieses Ziel zu erreichen.“

Einordnung/Empfehlung: Die Kampagne bringt erneut das Thema Nichtraucherschutz auf die gesellschaftspolitische Agenda (siehe auch Abschnitt 2.4). Durch die zunehmende Gleichsetzung von E-Zigarette und Tabak-Zigarette besteht das Risiko eines Übertragungseffektes. Das Thema wird in hierzulande kontrovers-emotional diskutiert. Landessache: In einigen Bundesländern gab es bereits Vorstöße gegen die E-Zigarette. Schlechte Erfahrungen: Die Auseinandersetzung der Tabak- und Gesundheitslobby 2007-2009 hat in den Ländern die Fronten verhärtet, das Beharren auf dem Status Quo befördert bzw. eine allgemeine Zurückhaltung zu dem Issue entstehen lassen. Wir empfehlen, die landespolitischen Netzwerke auszubauen und die Entwicklung weiter zu beobachten, ferner das Issue in Q&As und Info-Papern aufzubereiten.

Mortlers Aussage klingt nach einer (neuen) Kampfansage an die Tabakwirtschaft. Nachholbedarf: Sie hat in den ersten Amtsjahren im Vergleich zu ihren Vorgängern wenig gegen den Tabakkonsum ausrichten können. Auch wenn Mortler mit der Internetsucht ein neues Betätigungsfeld in Angriff nimmt: Nikotin wird weiter ein relevantes Arbeitsfeld bleiben.

Quelle: drogenbeauftragte.de , tagesspiegel.de , focus.de

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 06.09.2016

Meldung: PMI hat seinen ersten [Bericht](#) zu risikoreduzierten Produkten herausgegeben. Die Broschüre informiert über PMI's vier unterschiedliche Produktansätze und ihre Funktionsweisen (E-Zigarette, Electrically Heated Tobacco, Carbon-Heated Tobacco und Nicotine Delivery System), Erste Forschungsergebnisse und Forschungsansätze sowie die Vorteile der neuen Produkte. PMI berichtet ebenfalls über die Evaluierung der Produkte. Laut PMI wird das Risiko bei Heated Tobacco ggü. Tabakzigaretten um 90-95% reduziert (S.7).

Einordnung/Empfehlung: PMI stellt damit seine hervorgehobene Stellung bei risikoreduzierten Produkten zur Schau. Daneben stellt PMI Heated Tobacco und E-Zigarette auf eine Stufe. Das Unternehmen verfügt über die meisten Alternativen und kann somit am flexibelsten auf regulatorische Veränderungen reagieren. Der von PMI aktuell favorisierte Heated Tobacco wird zu einer Alternativen zur E-Zigarette ausgebaut – bzgl. Leistungsparameter, Angebot, Werbung, Lobbying. Wir empfehlen die Beobachtung des Sachverhaltes sowie einer Entwicklung einer Position zu alternativen Tabakprodukten und Vorbereitung von Lobby-Ansätzen/-maßnahmen für eine rasche Reaktionsfähigkeit im Bedarfsfall.

Quelle: pmiscience.com

Datum: 07.09.2016

Meldung: Der österreichische E-Zigarettenhersteller „Von Erl“ hat sich in den USA einen 10 Millionen-Auftrag gesichert. Das Unternehmen konnte die Markteinführung noch vor dem Stichtag für verbindliche Zulassungsverfahren für neue Produkte durchführen. Ebenso sei man auf den kanadischen Markt gegangen. CEO Höfert erläutere zu diesem Schritt die im Vergleich deutlich positivere Haltung der US-Bevölkerung.

Einordnung/Empfehlung: Der Kurier berichtet jedoch nicht, dass Von Erl nach derzeitigen Informationen anscheinend eine dauerhafte Präsenz im US-Markt anstrebt. Dennoch ist es ein Beispiel für das Exportpotenzial der europäischen E-Zigarette. [JTI](#) hat gerade eine E-Zigarette mit europäischen Liquids in Südkorea eingeführt. Deutsche Firmen sind bei ihren Auslandsgeschäften auch auf die Reputation im Heimatmarkt angewiesen. Empfehlung: derlei Sachverhalte im Bedarfsfall ggü. der Politik zu kommunizieren, wenn (weitere) belastbare Beispiele aus der mittelständischen E-Zigarettenwirtschaft bestehen. Denn: Tabakkonzerne nutzten seinerzeit ähnliche Argumente, konterkarierten den Ansatz jedoch mit der Arbeitsplatzverlagerung nach Osteuropa (BAT, Reemtsma).

Quelle: kurier.at , Hintergrundgespräch

Datum: 05.09.2016

Meldung: Die österreichische Zeitung Kurier berichtet kritisch über Vitastick ein Produkt der deutschen Firma Vapomins (siehe Report 28). Fachleute wie Dr. Horst Olschewski, Leiter der Klinischen Abteilung für Lungenkrankheiten an der Medizinischen Universität Graz (sic!), sehen im Produkt und seiner Bewerbung ein Risiko: „Was hier cool daherkommt, ist in Wirklichkeit der Einstieg für die echten Drogen, nämlich nikotinhaltige Vaporizer und schließlich krebserregende Zigaretten.“ Der VD-EH nimmt im Kurier ebenfalls kritisch Stellung.

Einordnung/Empfehlung: Wir haben unsere Bedenken zu Vitastick und Seng-Vital ggü. der Bundestagsfraktion von Die Linke, mit der wir bzgl. einer Kleinen Anfrage zur E-Zigarette kooperieren, zum Ausdruck gebracht. E-Zigarettenähnliche Produkte, die sich stark an Heranwachsende wenden, führen zu negativen Spill Over-Effekten. Wir empfehlen auch künftig, Stakeholder auf derlei kritische Sachverhalte hinzuweisen und eine klare Abgrenzung vorzunehmen.

Quelle: kurier.at

3. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
15.09.2016	Politisches Rentrée	Landesvertretung Baden-Württemberg	Berlin	-
15.09.2016	Startup Abend	VR Business Plattform Berlin/Brandenburg	Berlin	-

Monitoringreport Nr. 29 (Kalenderwochen 35 und 36)

16.- 18.09.2017	Intertabac. Auch E-Zigarettenanbieter dabei. Demo bereits angekündigt.	Messe Dortmund	Dortmund	intertabac.de
18.09.2016	Abgeordnetenhauswahl Berlin	Berlin	Berlin	wahlen-berlin.de
18.09.2016	Wahlparty der SPD zur Abgeordnetenhauswahl Berlin	SPD	Berlin	-
18.09.2016	Wahlparty der FDP zur Abgeordnetenhauswahl Berlin	FDP	Berlin	fdp-berlin.de
19.09.2016	Nicht öffentlicher Parteikonvent der SPD	SPD	Wolfsburg	spd.de
21.09.2016	Diskussionsveranstaltung zur E-Zigarette	Egarage	Berlin	egarage.de
21.09.2016	Herbstfest des Verbands der Privaten Krankenversicherungen	PKV	Berlin	pkv.de
23.09.2016	Plenarsitzung (keine Thematisierung von Tabak/E-Zigarette; Stand 08.09.2016)	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
26.09.2016	Diskussionsveranstaltung zur Internationalisierung im E-Commerce	Handelsverband	Berlin	hde.de
26.09.2016	Sitzung Agrarausschuss (TO liegt noch nicht vor)	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
Voraussichtlich Oktober	Deutschlandpremiere „A Billion Lives“	-	Berlin	abillionlives.com
10.- 12.10.2016	DHS Fachkonferenz Sucht	DHS	Erfurt	dhs.de
19.10.2016	Fachtagung zur E-Zigarette	Frankfurt UAS	Frankfurt a.M.	frankfurt-university.de
04./05.11.2016	CSU-Parteitag	CSU	München	csu.de
05.- 07.12.2016	CDU-Bundesparteitag	CDU	Essen	Wir empfehlen, über die Präsenz vor Ort mit einem kleinen Stand nachzudenken.

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.

4. Anhang



Die Entscheidung 09/2016, Rückseite